



*SEK-Skandal in Köln*

## **Minister Jäger deckt weiterhin den Pannen-Polizeipräsidenten**

***Gleich vier Antworten gibt der Innenminister zu den Skandalen um die Severinsbrücke und die angebliche Auflösung des SEK 3. Fazit: Keine klaren Antworten, Ausflüchte, fadenscheinige Begründungen und keine Konsequenzen bei den verantwortlichen Kräften.***

Fest steht nun offiziell: Am 15. September hat Polizeipräsident Wolfgang Albers die Auflösung des SEK 3 und die Versetzung von acht Beamten öffentlich bekannt gemacht, ohne zuvor dem Personalrat die Chance zur Stellungnahme zu geben. Dieser hat erst am 5. Oktober einen schriftlichen Antrag auf Zustimmung erhalten. Die Beamten des SEK 3 sind weiterhin formal im Dienst. Es gibt keine schriftliche Auflösungs- bzw. Versetzungsverfügung. Der Bericht des ehemaligen LKA-Direktors Wolfgang Gatzke beanstandet die Aufnahmeverfahren beim SEK nicht, sondern empfiehlt gar, die „kommandointernen Veranstaltungen“ auch künftig zu ermöglichen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiterhin wegen des privaten Fotoshootings von Führungskräften auf der Severinsbrücke.

Ob das Vorgehen des Polizeipräsidenten mit den Führungsgrundsätzen vereinbar ist, beantwortet der Innenminister nicht mit einem klaren „Ja“. Auch der Verantwortung zum Schutz seiner Mitarbeiter ist Albers mit der Vorverurteilung nicht gerecht geworden. Lesen Sie mehr: <http://kurzlink.de/GG1510SEK>

*Ministerien in Bonn*

## **Steht die Landesregierung zum Bonn-Berlin-Gesetz?**

***Mit meiner Fraktionskollegin Freifrau Ilka von Boeselager frage ich die Landesregierung, wie sie zu Äußerungen von Bundesministerin Hendricks steht, Bonn als Regierungsstandort komplett aufzugeben.***

Bisher war der vollständige Umzug der Bundesministerien vom Rhein an die Spree noch ausgeschlossen. Wir wollen daher ganz genau wissen, was Rot-Grün unternimmt, um die Zukunft Bonns als zweites bundespolitisches Zentrum und als für unsere Region bedeutsamen UN-Standort zu sichern. Ob die Arbeit der Bundesministerien durch einen Komplett-Umzug tatsächlich optimiert würde, darf bezweifelt werden. Unsere Kleine Anfrage finden Sie hier: <http://kurzlink.de/GG151023>

*Gesetzentwurf*

## **Katastrophenschutz muss mehr sein als ein Wort!**

***In NRW und auch im Rhein-Erft-Kreis haben Angriffe gegen Angehörige der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes zugenommen. Die CDU-Landtagsfraktion möchte eine Regelung in das neue „Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes“ aufnehmen, die solche Angriffe auf das Schärfste verurteilt.***

Mit einem Antrag schlagen wir 44 Änderungen am rot-grünen Gesetzentwurf vor. Der Landtag soll ein deutliches Zeichen gegen eine zunehmende Gewalt gegen Rettungskräfte setzen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die für den Schutz jedes einzelnen Bürgers in unserem Land täglich eintreten.

Bis zum 31. Dezember 2019 soll ein landesweites Konzept für den Katastrophenschutz erstellt werden. Hierzu gehört es für uns als CDU, dass das Land auch für den Fall eines Kommunikationsausfalls vorsorgt und ein gemeinsames Funknetz errichtet und unterhält. Ferner wollen wir erreichen, dass Ölspur- und Tierkadaverbeseitigung nicht mehr zu den Aufgaben der Feuerwehren gehören. Künftig sollen sich die zuständigen Straßenbaulastträger selbst darum kümmern. Näheres: <http://kurzlink.de/GG151028>